

Änderung der FDJ-Verfassung geplant

Zentralrat sucht Voraussetzung für „kalte Wehrpflicht“

Bis spätestens März 1955 wird der FDJ-Zentralrat zu einer offiziellen Tagung zusammentreten, auf der die zur Zeit gültige FDJ-Verfassung in wesentlichen Punkten abgeändert werden soll. Bereits im Januar soll eine Propagandakampagne über die angebliche Notwendigkeit einer Verfassungsänderung einsetzen. Der Grund: Durch Verankerung einer Art „moralischer Wehrpflicht“ in den FDJ-Statuten möchte man eine offizielle Wehrpflicht umgehen. Bis Ende 1955 soll die kasernierte Volkspolizei, die heute etwa 107 000 Mann zählt, auf über 300 000 Mann erweitert werden. Den Jugendlichen bleiben jetzt etwa acht Wochen Zeit, um ihren Standpunkt zu den SED-Ab-sichten darzulegen.

In der Pfingsten 1952 auf dem IV. FDJ-Parlament erstmals abgeänderten Verfassung hieß es: „Der Dienst in der deutschen Volkspolizei ist für die Mitglieder der FDJ Ehrensache. Jedes Mitglied der FDJ hat die Pflicht, für die Sache der Verteidigung der DDR persönliche Opfer zu bringen.“

Wenig später, am 24. Juli 1952, wurde das Gesetz über den „Dienst für Deutschland“, die sowjetzonalen Arbeitsdienstorganisation, erlassen. Die Mitgliedschaft in der FDJ wurde plötzlich zur verhängnisvollen Rekrutierungsfalle. Wer sich auf Aufforderung seines FDJ-Sekretärs nicht freiwillig zur KVP oder der ODD (Organisation „Dienst für Deutschland“) meldete, konnte aus der FDJ ausgeschlossen und um berufliche Fortbildungsmöglichkeiten gebracht werden. Der Vorwurf des „nicht zur Verteidigung der Heimat bereiten Saboteurs“ wurde ihm in sämtlichen einschlägigen Akten nachgetragen.

Die FDJ hat diese Fehler bitter bezahlen müssen. Die ODD wurde sang- und klanglos aufgelöst, die KVP kam nie über die Hälfte der geplanten Stärke hinaus. Am 17. Juni 1953, knapp ein Jahr später also, bewiesen die Jugendlichen durch ihre Haltung gegenüber der

Regierung, was man ernten kann, wenn man Verfassungsbetrug und Zwangsverpflichtungen sät.

Jetzt sind die Dinge wieder auf ihrem Ausgangspunkt angelangt. Die SED predigt die Notwendigkeit der „Nationalen Verteidigung“, Zwangsverpflichtungen der Jugendlichen aufs Land und in Schwerpunktbetriebe haben den „Dienst für Deutschland“ abgelöst.

Die Stimmung in der FDJ ist überaus schlecht. Was das heißt, hat Honecker auf der kürzlichen 9. Zentralratstagung so umschrieben:

„Wir dürfen auch die Tatsache nicht übersehen, daß in der letzten Zeit in einer ganzen Reihe von Leitungen des Verbandes verantwortliche Funktionäre entfernt werden mußten, weil sie zersetzenden Einflüssen einer untergehenden Welt erlagen!“

Widerstand gegen KVP

Diese „zersetzenden Einflüsse einer untergehenden Welt“ sind der Massenwiderstand der sowjetzonalen Jugend gegen das von FDJ und SED betriebene Rekrutierungsprogramm. Die Funktionäre wachsen auch in Sachsen nicht auf den Bäumen, und Honecker wird Mühe haben, all die jetzt „entfernten“

FDJ-Funktionäre durch Rekrutierungsbeflissene zu ersetzen.

Die Zeit, wo der FDJ-Sekretär mit dem Finger die Namensliste seiner Grundeinheit entlangfahren und sagen konnte: „Der, der und der, die kommen zur KVP!“ ist vorbei. Wenn die geplanten neuen FDJ-Statuten in Kraft treten sollten, wird auch der Funktionär in die Kaserne einrücken müssen.

Erhebliche Schwierigkeiten

Bis dahin aber werden die SED und der FDJ-Zentralrat noch erhebliche Schwierigkeiten überwinden müssen. Es wird ihnen nicht möglich sein, Neigung für die kommunistische Wehrmacht zu entfachen, zumal hier im Gegensatz zur Aufstellung westdeutscher Kontingente keine Notwendigkeit einer „Verteidigung“ besteht.

Diese Erwägungen werden in den kommenden Wochen innerhalb der FDJ eine große Rolle spielen. Wie das von Honecker einzubringende Abänderungsstatut zur FDJ-Verfassung im einzelnen aussehen wird, weiß man im Zentralrat zur Zeit selbst noch nicht. Fest steht nur, und das wurde in der FDJ-Presse bereits verkündet, daß man die Verfassung dementsprechend ändern wird. Vermutlich wird es davon abhängen, wie die FDJ-Mitglieder auf die vorbereitenden Diskussionen reagieren.

Ihr peinlichster Einwand wird der Hinweis auf Grotewohls Erklärung an die FDJ vom 23. Mai 1947 in Meißen sein: „Lernt es, Toleranz zu üben und mit den Andersdenkenden sachlich zu diskutieren, denn erst auf diesem Boden könnt ihr die Voraussetzung schaffen, richtig und gründlich zu lernen!“

Pariser Verträge und Wiedervereinigung

DT. Wird ein künftiges Gesamtdeutschland an die Pariser Verträge gebunden sein? Diese Frage ist wichtig, weil es von ihrer Beantwortung abhängt, ob einer deutschen Wiedervereinigung aus der Kraft dieser Verträge rechtliche Schwierigkeiten erwachsen könnten.

Auf der Berliner Konferenz der vier Mächte war von den Außenministern des Westens übereinstimmend die These vertreten worden, daß eine gesamtdeutsche Regierung frei entscheiden könne, welche internationalen Rechte und Verpflichtungen der Bundesrepublik oder der Sowjetzone Deutschlands sie übernehmen wolle. So war es auch im damals vorgelegten Eden-Plan formuliert worden. Gilt nun diese Auffassung auch gegenüber den Pariser Verträgen?

Völlig unabhängig

Diese Frage beantwortet der völkerrechtliche Sachverständige der Bundesregierung, Prof. Dr. Wilhelm Grewe, wie dem Bonner Bulletin aus einem Vorabdruck des Januarheftes der Zeitschrift „Außenpolitik“ zu entnehmen ist, mit einem klaren Ja. Prof. Grewe geht in seiner Untersuchung von zwei verschiedenen Rechtsformen der Wiedervereinigung aus.

Zunächst prüft er die vor allem in der Opposition vertretene Auffassung, daß eine Wiedervereinigung ausgeschlossen sei, wenn dabei die staatsrechtliche Kontinuität und Identität zwischen der heutigen Bundesrepublik und dem künftigen gesamtdeutschen Staat erstrebt und behauptet werde. Diese Auffassung gehe davon aus, daß die Wiedervereinigung nur auf der Grundlage eines Kompromisses zustande kommen könne, das die beiden faktisch bestehenden staatlichen Teilordnungen zusammenführe und aus ihnen den neuen gesamtdeutschen Staat entstehen lasse.

Prof. Grewe meint hierzu, wenn die Annahme zutreffe, daß der künftige gesamtdeutsche Staat mit der Bundesrepublik völkerrechtlich nicht iden-

tisch sei, dann könne er auch nicht durch die von der Bundesrepublik eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen gebunden sein — was immer in diesen Verträgen stehen möge.

Etwas komplizierter liegt der Fall, wenn man davon ausgeht, daß der künftige gesamtdeutsche Staat die völkerrechtliche Fortsetzung der Bundesrepublik sein sollte, und zwar unter einem revidierten Grundgesetz oder einer neuen Verfassung. Für diesen Fall behauptet Prof. Grewe die Bindung des gesamtdeutschen Staates an Verträge der Bundesrepublik mit der Einschränkung, daß diese Verträge nach ihrer Natur, ihrem Inhalt und nach dem Willen der Partner für eine Erstreckung auf Gesamtdeutschland in Frage kommen. Welche Konsequenzen ergeben sich nun aus diesem Sachverhalt mit einer Wiedervereinigung für das Pariser Vertragswerk? Prof. Grewe stellt hierzu fest:

Überprüfung

„Gemäß Artikel 10 müßte eine Überprüfung aller Bestimmungen des Bonner Hauptvertrages und seiner Zusatzverträge vorgenommen werden. Würde der Wiedervereinigung der Abschluß eines Friedensvertrages folgen, so würde auch der Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland automatisch außer Kraft treten.“ Ebenso würde im Bonner Vertrag der auf die Wiedervereinigung bezogene Teil des gesamtdeutschen Vorbehalts gegenstandslos.

Der Brüsseler Pakt und der Nordatlantik-Pakt enthalten im Gegensatz zu den vorgenannten Verträgen keine auf die Wiedervereinigung Deutschlands bezogene Revisionsklausel. Die Frage, ob das bedeutet, daß das wiedervereinigte Deutschland automatisch an diese beiden politisch-militärischen Pakte gebunden sein würde, verneint Prof. Grewe. Sowohl den Brüsseler Pakt als auch den Nordatlantik-Pakt bezeichnet er als Verträge, die ihrer Natur nach nicht ohne weiteres auf Gesamtdeutschland erstreckt werden können.

Die Wiedervereinigung Deutschlands stelle nämlich, wie immer sie sich vollziehen

möge, mehr als eine gewöhnliche Gebietsveränderung dar, so daß das völkerrechtliche Prinzip der beweglichen Vertragsgrenzen auf diesen Fall nicht ohne weiteres Anwendung finden könne.

Prof. Grewe geht aber noch einen Schritt weiter. Beim Brüsseler Pakt und dem Nordatlantik-Pakt handelt es sich nach seiner Auffassung um Verträge, bei denen die Stärke jedes Partners eine entscheidende Rolle spielt. Eine tiefgreifende Veränderung der Struktur eines Vertragspartners berechtere die Vertragspartner zu der Überlegung, ob sie den Vertrag unter den grundlegend veränderten Umständen fortsetzen wollen oder nicht. Dieses Recht werde ihnen jedenfalls dann nicht bestritten werden können, wenn bereits beim Vertragsschluß Einigkeit darüber bestanden habe, daß zum mindesten der von den Veränderungen unmittelbar betroffene Partner das Recht der Entscheidungsfreiheit über die Fortsetzung der Vertragsverpflichtungen haben sollte.

Prof. Grewe stellt hierzu fest, daß diese Lage beim Abschluß der Pariser Verträge gegeben war. „Das Prinzip der Entscheidungsfreiheit Gesamtdeutschlands war in Berlin von allen drei Westmächten verkündet worden. Wenn auch die neuen Vertragstexte keine ausdrückliche Bestimmung über dieses Prinzip treffen, so kann es doch als eine dem Vertragswerk stillschweigend unterlegte Geschäftsgrundlage angesehen werden.“

Dieser Standpunkt Prof. Grewes ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil er zeigt, daß die Verwirklichung der Pariser Verträge mit der Bundesrepublik als einem Teil Deutschlands keine Versteinerung der vertraglichen Rechtslage herbeiführt, an der eine Wiedervereinigung Deutschlands scheitern müßte. Der von den Verträgen geschaffene Status Deutschlands wird vielmehr auch in völkerrechtlicher Hinsicht genügend elastisch sein, um den Notwendigkeiten einer deutschen Wiedervereinigung angepaßt werden zu können, wenn sie unter den sonst selbstverständlichen Voraussetzungen erreichbar sein wird.

Jahresbilanz des Bundeskanzlers

Freiheit, Friede, Europa — Wiedervereinigung Hauptziel

Bonn (AP/DPA). Im Tätigkeitsbericht der Bundesregierung zum Jahreswechsel erklärt Bundeskanzler Dr. Adenauer, daß die Regierung auch im neuen Jahr zusammen mit den freien Nationen ihre Arbeit für die Erhaltung und Festigung des Friedens und der Freiheit in Europa und in der Welt fortsetzen werde. Es sei ihr Ziel, auf diesem Wege zu einer Entspannung des Ost-West-Konfliktes beizutragen und damit den Weg für die Wiedervereinigung freizumachen.

Dr. Adenauer weist darauf hin, daß das Jahr 1954 ein Jahr der Prüfung und Bewährung gewesen sei. Das Scheitern der EVG habe in Europa und in der ganzen freien Welt eine akute Krise ausgelöst. Ihre Überwindung habe aber gezeigt, daß der Gedanke der europäischen Zusammenarbeit trotz des lang währenden Methodenstreites über seine Verwirklichung kraftvoll und lebendig geblieben sei.

Der Bundeskanzler erklärt weiter, daß trotz der großen außenpolitischen Aktivität die deutsche Innenpolitik auch in diesem Jahr nicht zu kurz gekommen sei. Er erinnert dabei u. a. an die Fortschritte bei der Unterbringung der Vertriebenen und Flüchtlinge, den Wohnungsbau, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die zusätzliche soziale Hilfe für die Rentner und Spätheimkehrer. Ferner weist er auf die Leistungen der sozialen Marktwirtschaft und die Sicherung der Währung hin. Die gesunde Finanzlage habe die Steuerreform ermöglicht, die vor allem dem Mittelstand Vorteile bringen wird.

Grußbotschaften

Bonn (AP/DPA). Bundespräsident Professor Heuss und die drei alliierten Oberkommissare

Bisher 4,7 Milliarden Bundeshilfe

Berlin (Eigenmeldung). Die finanzielle Hilfe des Bundes für Berlin hat von 1949 bis zum Ende des laufenden Haushaltsjahres 4,7 Mrd. DM betragen. Darunter befinden sich nicht nur die Zuschüsse zum Haushalt Berlin, sondern auch die Kriegsfolge- und Soziallasten, die den anderen Ländern nach den gleichen Grundsätzen zustehen.

Nicht enthalten sind in dieser Bundeshilfe die Zuschüsse der Sozialversicherungen zu dem in

haben Neujahrs-Grußbotschaften ausgetauscht.

Die Oberkommissare geben in ihrer gemeinsamen Botschaft der Hoffnung Ausdruck, daß die Bundesrepublik bald gleichberechtigt neben ihren Partnern stehen wird. Sie sprechen dem Bundespräsidenten ihren aufrichtigen Wunsch dafür aus, daß das kommende Jahr „den geduldigen und beharrlichen Bemühungen günstig sein wird, die unsere Regierungen für die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und Frieden unternehmen.“

Heuss betont in seiner Antwort, daß die Wiedervereinigung oberstes Ziel der Deutschen sei, das nur in enger vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den freien Völkern erreicht werden könne.

Weihnachten aus Sibirien heimgekehrt

Würzburg (DPA). Gerade recht zum Heiligen Abend kam die 53jährige Lisbeth Schulz nach neunjähriger Trennung aus Sibirien zu ihrer Mutter nach Würzburg. Lisbeth Schulz war 1948 von Königsberg (Ostpreußen) in ein südsibirisches Straf-lager deportiert worden und arbeitete in den Wäldern als Holzfällerin. Im Mai 1953 wur-

Berlin benötigten Aufwand sowie die 3 Mrd. ERP-Mittel, die der Berliner Wirtschaft bis zum 31. 3. 1954 zur Verfügung gestellt wurden.

27 000 Pakete

Berlin (DPA). Rund 27 000 Weihnachtspakete mit Lebensmitteln und Textilien im Wert von annähernd 500 000 DM hat das Deutsche Rote Kreuz an alle Gefangenen versandt.

Weihnachtsgruß des Papstes

Vatikanstadt (DPA). Mit sicherer Stimme richtete der kranke Papst Pius XII. am Heiligen Abend eine Weihnachtsansprache an die Gläubigen der ganzen Welt.

Pius bedauert in seiner Ansprache, daß er die übliche Weihnachtsbotschaft nicht verlesen kann, da er sie aus gesundheitlichen Gründen nicht habe fertigstellen können.

„Blutenden Herzens“, erklärt der Papst u. a., „erleihen wir himmlischen Trost und heroische Tapferkeit all jenen unserer Söhne, die gewaltsam in Gefangenschaft, in Konzentrationslager gebracht und so gewürdigt wurden, um des Glaubens, der Wahrheit und der Gerechtigkeit willen zu leiden.“

Liebe stärker als Haß

Berlin (Eigenbericht). Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof D. Dibelius, hat am Heiligen Abend in einer Weihnachtsbotschaft über den Rundfunk die Menschen gemahnt, den Frieden zu erhalten. Er hob hervor, daß die Liebe stärker sei als der Haß.

den die ostpreußischen Häftlinge amnestiert und „freigelassen“.

Gedenken an Gefangene

Berlin (Eigenmeldung). Unzählige brennende Kerzen in den Fenstern der Berliner Wohnungen erinnerten am Heiligen Abend, wie in jedem Jahr, an die vielen noch nicht heimgekehrten Kriegsgefangenen.

Deutscher im UN-Sekretariat

Genf (AP). Dr. Eberhard Jahn, der Berater der Bundesrepublik für Flüchtlingsfragen, wurde zum Stellvertretenden Leiter der Mission des UN-Kommissars für Flüchtlinge, Dr. van Heuven Godhardt, in Bonn ernannt.

Die Ernennung Dr. Jahns zu diesem Amt macht ihn zum höchsten deutschen Beamten im UN-Sekretariat.

Italiens Parlament ratifiziert Verträge

Rom (DPA). Mit der überraschend großen Mehrheit von 335 gegen 215 Stimmen sprach sich das italienische Abgeordnetenhaus für die Ratifizierung der Pariser Verträge aus. Das Zustimmungsgesetz, das nur aus einem Artikel besteht, geht nun an den Senat, der es voraussichtlich im Februar verabschieden wird.

Die Mehrheit von 120 Stimmen für die Ratifizierung war die größte, die die Regierung Scelba je im Parlament erzielt hat.

Den Haag (AP). Die niederländische Zweite Kammer billigte nach mehrtägiger Debatte das außenpolitische Programm der Regierung. Auf dem Programm stand u. a. die Ratifizierung der Pariser Verträge.

Papst verurteilt „Nationalkirche“

Enzyklika an chinesische Katholiken

Pius XII. appellierte in einer in Rom veröffentlichten Enzyklika an die Katholiken in China, sich den Bestrebungen zur Schaffung einer „Nationalkirche“ kompromißlos zu widersetzen.

In der vom 7. Oktober 1954 datierten Enzyklika „ad sinarum gentes“ protestiert der Papst gegen die von den rotchinesischen Behörden propagierte Bewegung der drei „Autonomien“: der Autonomie in der Führung der Kirche, der wirtschaftlichen Autonomie der Kirche und der Unabhängigkeit im kirchlichen Lehramt.

Die Vatikanzeitung „Osservatore Romano“ veröffentlicht gleichzeitig mit der Enzyklika eine Bilanz der Kirchenverfolgung im kommunistischen China. Nach diesem Bericht sind 49 katholische Erzbischöfe, Bischöfe und apostolische Präfekten ausgewiesen worden, 17 sind zur Zeit im Kerker, 6 Erzbischöfe und Bischöfe sind im Gefängnis gestorben. Insgesamt wurden 2645 ausländische Geistliche aus China ausgewiesen.

„Bis zum Ausgangspunkt“

Washington (AP). Die neue, in Paris gebilligte Atom-Strategie des NATO-Oberkommandos gebe zum erstenmal die Sicherheit, daß Europa vom Osten

London weist Sowjetnote zurück

Es bleibt bei der Europa-Politik

London (Eigenmeldung). Das britische Außenministerium hat die Argumente der sowjetischen Note zurückgewiesen, in der für den Fall der Ratifizierung der Pariser Verträge mit der Kündigung des britisch-sowjetischen Beistandsvertrages von 1942 gedroht worden war.

Ein Sprecher des Außenministeriums gab dazu eine Erklärung ab, die folgenden Wortlaut hat: „Die britische Regierung würde es sehr bedauern, wenn der britisch-sowjetische Pakt von 1942, dem sie immer Wichtigkeit beigemessen hat, durch die Sowjetregierung für ungültig erklärt und außer Kraft gesetzt werden sollte. Gleichzeitig bedauert die britische Regie-

rung sowohl die Art und Weise, in der die Sowjetregierung jetzt mit der Außerkraftsetzung droht, wie die ursächlichen Zusammenhänge.

Die britische Regierung kann die in der Sowjetnote angegebenen Gründe nicht anerkennen. Es gibt keine Berechtigung für die sowjetische Behauptung, daß die Pariser Verträge mit dem Pakt unvereinbar sind. Die britische Regierung wird die von ihr eingeschlagene Politik fortsetzen, die westeuropäische Einigkeit zu konsolidieren.“

London (DPA). Der britische Außenminister Eden erklärte im Unterhaus, er erwarte im nächsten Jahr eine Stärkung der NATO durch einen deutschen Verteidigungsbeitrag. Noch bedeutender sei aber die jetzt beginnende Ausrüstung der NATO-Streitkräfte mit neuartigen Waffen.

Mit Montanunion verbunden

London (DPA). Großbritannien und die Mitglieder der Montanunion unterzeichneten im Lancaster-Haus in London das Assoziierungsabkommen zwischen der Montanunion und Großbritannien.

Ziel des Abkommens ist es, alle Fragen von gemeinsamem Interesse, die auf dem Gebiet von Kohle und Stahl zwischen der Montanunion und Großbritannien entstehen, in ständigen Institutionen zu besprechen und eine gemeinsame Grundlinie zu vereinbaren.

Deutsch-holländische Abmachung

Bonn (AP). Deutsche Kriegsgefallene, die in den Niederlanden bestattet sind, können auf Grund einer deutsch-niederländischen Abmachung in die Bundesrepublik übergeführt werden.

Wirtschaftlicher Wettbewerb

Washington (DPA). Verschiedene Maßnahmen der amerikanischen Regierung in letzter Zeit deuten darauf hin, daß die USA ihre Anstrengungen jetzt auf die Entwicklung wirtschaftlicher Waffen im Kalten Krieg konzentrieren wollen. Die militärische Stärke der USA soll jedoch durch diese Akzentverschiebung nicht beeinträchtigt werden.

Der wirtschaftliche Wettbe-

werb mit den kommunistischen Ländern war seit dem Ausbruch des Koreakrieges gegenüber den Rüstungsanstrengungen in den Hintergrund getreten. Er soll jetzt wieder ein Hauptelement der Politik werden und entspricht der Konzeption der „Wettbewerbs-Koexistenz“, ein Begriff, der in den USA häufiger von Moskau propagierten Formel der „Koexistenz-Politik“ entgegengesetzt wird.

Odyssee der ostdeutschen Glocken

Sie klingen in einer neuen Heimat — Flüchtlingsgemeinden übergeben

Zahlreiche Glocken erklangen am Heiligen Abend über den Nordwestdeutschen Rundfunk, die einst jenseits der Oder-Neiße-Linie die Gläubigen zur Kirche riefen. Damit brachte der Rundfunk ein Stück der verlorenen Heimat in eherner Stimme in die Weihnachtsstuben von der Nordsee bis zu den Alpen.

Hätte es keine „Widerstandsbewegung“ gegeben, wären im Jahre 1941 100 000 deutsche Glocken für immer ausgelöscht worden, damit ihr bronzenes Leib zu Kanonen würde. Dem Einspruch der Kirchen gelang es, das Schlimmste zu verhüten. Dennoch sind über 85 000 deutsche Glocken jüngerer Datums für immer verstummt. Man sammelte damals von Hettstedt in der Sowjetzone bis zur Eifel und von Calw bis Hamburg die abgenommenen Glocken.

Es ist bezeichnend, daß zwei Frauen als Fachkundige die mühsame Arbeit übernahmen, die geborgenen Schätze im Lager des Hamburger Freihafens nach 1945 wieder einzuordnen, zu welchem Geläut sie gehörten und wo dieses Geläut zu Hause war.

Die große Wanderung

Von 1948 bis 1950 bewegten sich schwimmende Glockenherbergen auf den deutschen Flüssen. In Zwischenlagern von Stralsund bis Dresden und von Braunschweig bis Karlsruhe warteten schon die Fachleute, um über Zonengrenzen hinweg die einst abgenommenen Glocken wieder in ihre Heimat zu führen.

Doch nicht zurückkehren konnten die Glocken, die einst jenseits der Oder und Neiße hingen. Es gelang, den polnischen Anspruch abzuwehren. Die Fuldaer Bischofskonferenz und der Evangelische Kirchenrat in Hannover kamen überein, diese Glocken leihweise dahin zu geben, wo sich Flüchtlingsgemeinden aus dem Osten gebildet haben. Als die Patenschaftsbewegung zwischen westdeutschen Städten und ostdeutschen Orten aufkam, übernahmen viele Städte im Westen Glocken ihrer Paten im Osten. Allein 200 ostdeutsche Pfarrer meldeten sich in Hamburg, die für ihre neuen Gemeinden im

Westen nach den alten Glocken suchten.

Diese Bewegung ist nunmehr abgeschlossen. So konnten dies Jahr erstmals alle, soweit sie in Hamburg noch vorhanden und zum Teil wiederhergestellt waren, in ihrer neuen Heimat erklingen.

Von Danzig nach Lübeck

Man sagt, es seien rund 1600 Glocken, die einst im Osten hingen und nun den Weg in westdeutsche Kirchtürme gefunden haben. Lübeck erhielt die Glocken der Patenstadt Danzig, soweit sie noch vorhanden waren. Lüneburg besitzt eine Glocke aus dem Samland. Die Ostdeutsche Gedenkstätte auf dem Schloß Burg an der Wupper übernahm Glocken aus dem Königsberger Dom und der Breslauer Jakobikirche.

Die ostdeutsche Domglocke aus Frauenburg in Ostpreußen läutete in Münster die Weih-

nacht ein. Eine gewaltige Glocke aus Stargard in Pommern ruft in München die Gläubigen. Die Mollwitzer Glocke, die einst zu Friedrich des Großen Zeiten in der Schlacht von Mollwitz läutete, hängt in Mühldorf in Oberbayern. Sie wird von der Münchener Gruppe der Brieger Landsmannschaften betreut. Eine berühmte Glocke aus Schlesien, die Groß-Jankwitzer aus Böhmischdorf, die aus dem Jahre 1483 stammt, ruft in Goslar, der Patenstadt der schlesischen Stadt Brieg, zu deren Kirchensprengel sie einst gehörte, die Andächtigen zur Kirche. Eine weitere Brieger Glocke findet sich heute in Neuenkirchen im Kreise Koburg.

Eine lange Odyssee haben die ostdeutschen Geläute hinter sich gebracht. Nun sind ihre Irrfahrten zu Ende, bis sie einstmals wieder auf die Reise gehen werden, um dann in ihre Heimatkirche jenseits der Oder und Neiße zurückzukehren. Bis dahin mögen sie in Westdeutschland die Erinnerungen an die angestammte Heimat wachhalten.

Die Ziele der Sowjetpolitik

Bericht des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen

Bonn (DPA). Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen hat in seinem Tätigkeitsbericht für 1954 festgestellt, daß die Politik der Sowjetunion ganz offensichtlich auf die Neutralisierung Deutschlands unter gleichzeitiger Schwächung der westeuropäischen Einigungsbestrebungen und die Verdrängung der USA vom europäischen Kontinent abzielt. Am Ende dieser Politik, so heißt es weiter in dem Bericht, würde das „einheitliche volksdemokratische Deutschland“ stehen.

Vom Ministerium wird erneut die Illegalität des Systems der Sowjetzone betont und dabei die Ansicht vertreten, daß dieses System nicht durch unbesonnene Handlungen anerkannt werden dürfe. Es sollten

so viel Kontakte von Mensch zu Mensch über die Zonengrenzen wie möglich hinweg geschlossen und jede Berührung mit sowjetzonalen Dienststellen und Funktionären vermieden werden. In diesem Sinne sei die Bildung von „gesamtdeutschen Komitees“ nach dem Scheitern der Berliner Konferenz abgelehnt worden.

Während die sowjetischen und sowjetzonalen Aktionen nach dieser gescheiterten Konferenz und die Idee der Neutralisierung in politischen Kreisen und der Bevölkerung keinen Fuß gefaßt hätten, habe die von der Bundesregierung und die im Eden-Plan verfolgte Wiedervereinigungspolitik im Laufe des Jahres noch stärkere Wurzeln im deutschen Volk geschlagen.

Verwahrlostes Eisenbahnnetz

Berlin (Eigenmeldung). Die sowjetzonalen Reichsbahn hat zusätzliche Mittel in Höhe von 38 Millionen Mark angefordert, um den Streckenoberbau notdürftig in Ordnung bringen zu können. Bis jetzt sollen weit über 400 „Langsamfahrstellen“ in der „DDR“ bestehen. Eine Unterlassung dieser Reparaturen würde nach Ansicht des zuständigen Ministers Kramer die „Langsamfahrstellen“ verdoppeln.

Wieder „Thüringer Tageszeitung“

Koburg (DPA). Die „Thüringer Tageszeitung“, die früher in Hildburghausen herausgegeben wurde, erscheint seit ab Weihnachten im 138. Jahrgang in Koburg wieder monatlich zweimal.

Prominenz schwänzt Parteischulung

ZK-Umfrage führte zu peinlichen Feststellungen

Dieser Tage rügte das SED-Zentralorgan in einem Beitrag die mangelnde Teilnahme leitender Kader am laufenden Parteischuljahr. Das heißt auf deutsch: Was dem kleinen Genossen zur Pflicht gemacht wird, die Teilnahme an den langweiligen Schulungsabenden, ist den großen Genossen ziemlich schnurz.

Da wurden nun im „Neuen Deutschland“ die Genossen Herzberg, zweiter Direktor der DIA Nahrung, und Herzig, Direktor der Neptunwerft, genannt. Der erste ging lieber in die SED-Künstlerkneipe „Möwe“ anstatt zur Abenduniversität der SED, der zweite hat die Rostocker Abenduniversität, an der ihn seine Partei immatrikulierte, überhaupt noch nicht angesehen.

Soweit ist das nicht tragisch. Aber, wie schon aus der Gleichartigkeit beider Namen zu bemerken: Der Zentralorgansartikel ist nur Teilstück einer größeren Beschwerde, die die Abteilung Parteischulung des SED-Zentralkomitees an das Sekretariat des ZK gerichtet hat.

Darin sind die Namen von rund 500 leitenden SED-Funk-

Rezept für rote Romane

Die Wandlungen des Sowjetschriftstellers Ilja Ehrenburg

Aus Moskau kommt merkwürdige, allerdings nicht neue Kunde: Ilja Grigorjewitsch Ehrenburg, einst ein Schriftsteller, seit zwanzig Jahren ein literarisches Chamäleon, das sich je nach Bedarf des Kremls blutrot oder rosa einfärbt, macht wieder von sich reden. Dieser Mann, der mit seiner Taktik der Charakterlosigkeit alle Säuberungen, ja selbst Stalin und Berija überlebt hat, fordert einen „Sowjet-Humanismus“.

Er fordert ihn für die Literatur oder besser gesagt für das, was man an Moskwa und Wolga unter Literatur versteht.

Vor einem Jahr machte Ehrenburg die Zeitschrift „Snamja“ (Das Banner) zum Forum seiner Kritik. Diesmal wandte er sich direkt an seine Kollegen auf dem allrussischen

tionären, alphabetisch geordnet, festgehalten, die ihre Schulpflicht ganz besonders vernachlässigt haben. Und was das für Genossen sind!

Neben dem Präsidialsekretär Otto Winzer steht eine ganze Latte von Mitarbeitern aus Piecks Präsidialkanzlei auf der Schwarzen Liste! Alle Mitarbeiter der Kanzlei, der Präsident Pieck offiziell nicht ausgenommen, sind nämlich laut Parteschulbestimmung verpflichtet, mindestens einmal monatlich an einer Vorlesung der Abenduniversität teilzunehmen. Keiner hat sich bis heute blicken lassen.

Unter E kann man den Ostberliner Stadtvorsitzenden Ebert finden, der seine Unterlagen zum Fernstudium bis heute noch nicht einmal angefordert hat. Besonders beklagt wird, daß sich kein einziger SED-Minister bisher an den Schulungsplan gehalten hat.

Ein wahrer Lichtblick sind die rühmlichen Ausnahmen, die die Abteilung Parteischulung zitiert. SSD - Staatssekretär Wollweber hat bisher nur eine einzige Lektion der Abenduniversität versäumt.

Kongreß der Sowjet-Autoren. Nach einem Bericht des Sowjetzonen-Autors Stefan Heym in der „Täglichen Rundschau“ wünscht sich Ehrenburg eine Literatur, die abgeht von der Schwarz-Weiß-Malerei und „deren Größe der Größe des sowjetischen Volkes entspricht“.

Wenn Ilja Grigorjewitsch Ehrenburg sich so festlegt, darf man mit Sicherheit annehmen, daß er mit Freibrief seiner Herren im Kreml umgeschaltet hat.

Die Hintergründe für die Propagierung dieses literarischen Bruchs mit dem Stil von zwanzig Jahren Sowjetkultur sind klar. Von 1934 bis zu Stalins Tod gab es in der Sowjetunion keine Literatur in unserem Sinne. Im Zeichen des sozialistischen Realismus konnten und durften die roten Barden nur das hohe Lied der Fünfjahrespläne, des Übersolls, der Traktorenliebe und Kollektivfrüchte singen. Wie Ehrenburg jetzt feststellt, war diese Epoche unfruchtbar, denn bei den Sowjetmenschen fand man keine Gegenliebe. Es muß also eine neue Parole ausgegeben werden. Aber wie die Machthaber im Kreml diesen literarischen Knoten auch drehen und wenden werden, sie können ihn nicht lösen.

Wie sollen denn die roten Barden ihre Harfe schlagen, wenn sie das Dogma vom Glück des Sowjetbürgers nicht verletzen dürfen, dennoch aber ursprünglich, unabhängig und eigenwüchsig sein sollen?

Einige von ihnen versuchten es nach Ehrenburgs Farbwechsel im vergangenen Jahr. Sie haben schon dafür büßen müssen, daß sie dem Sowjetleben einen Spiegel vorgehalten haben. Wegen „Trunksucht und Unmoral“ wurden sie geächtet und aus dem Autorenverband ausgeschlossen. Ob es das ist, was Ilja Ehrenburg unter „Sowjet-Humanismus“ versteht, wenn er „von dem aufmerksamen Eingehen auf die Geschichte des einzelnen“ spricht?

Was Ehrenburg auch noch fordern wird, in einem totalitären Staat kann es keine lebende Literatur geben.



„Kiek, um 300 Prozent erhöht, weil se keene 5 Prozent bei der Wahl jekriegt haben!“

HO-Kapriolen in Ostberlin

Geringes Echo im Westen

Die neuen Maßnahmen im Ostsektor, die den Besuch von HO-Gaststätten durch Westberliner erschweren sollen, indem man von ihnen Bezahlung in Westmark zum Kurs 1:1 verlangt, haben in Westberlin nur geringes Echo ausgelöst. Sie werden einmütig als deutliches Zeichen dafür angesehen, wie sehr sich die Versorgungslage in Sowjetzone und -sektor entgegen allen östlichen Proklamationen verschlechtert hat.

Hieß es ursprünglich, „der kluge Westberliner kauft in der HO“, so wurde nach etwa Jahresfrist unter dem Vorwand, „Diversanten und Spekulanten“ aus dem Westen würden versuchen, den Aufbau im Osten zu stören, der Einkauf durch Westberliner stark eingeschränkt.

Als dann die Stalinallee als

ostzonale Propagandastraße aufgebaut wurde, sollten insbesondere in den Prunk-Cafés „Warschau“ und „Budapest“ der Wohlstand und die gute Versorgungslage im Osten demonstriert werden. Westberliner konnten, ohne daß sie sich ausweisen mußten, in den HO-Restaurants gegen Bezahlung in Ostmark essen und trinken.

Wenn man auch dies jetzt verbietet, zeigt es, daß der Osten selbst diese geringen Mengen an Nahrungs- und Genussmitteln nicht erübrigen kann. Ob und wie weit sich das auf den Wechselkurs auswirken wird, bleibt abzuwarten.

Da nur wenige Westberliner von den östlichen Möglichkeiten dieser Art Gebrauch gemacht haben, erwartet man in zuständigen Kreisen keine auffallende Kursbewegung.

Polen tanzen in Utopia

Eine polnische Zeitung meint in einer Betrachtung über das Vergnügungsleben im „volksdemokratischen“ Polen, wenn ein junger Mann seiner Freundin in Polen vorschlagen würde, mit ihm zum Tanzen zu gehen, dann würde ihn diese wahrscheinlich für völlig verrückt halten und sofort fragen: „Wo?“ — „Vor dem Kriege“, so schreibt das Blatt, „hat es zum Beispiel in der Provinz Stalingrad (Kattowitz) Dutzende von Tanzlokalen gegeben“. Ironisch heißt es weiter: „Diejenigen unter uns, die nach dem Kriege aufgewachsen sind, werden das kaum für möglich halten.“

Abschließend heißt es: „In unserer Provinz leben über eine viertel Million Menschen, aber es gibt nur vier Tanzlokale, in denen nur jene tanzen können, die genügend Muskelkraft haben, um sich den Weg hinein zu erkämpfen.“

Einer hin — zwei zurück

Ein britischer Staatsangehöriger mit Namen Anthony Jackson hat nach einer Meldung des Ostberliner Rundfunks am Mittwoch um die Genehmigung gebeten, in der Sowjetzone „leben und arbeiten“ zu dürfen. In einer angeblich von ihm stammenden Erklärung heißt es, er sei der Bemühungen der britischen Politiker und der Amerikaner, die Haßgefühle zwischen ihnen und den Völkern der Ostblockstaaten schaffen wollten, überdrüssig.

Von britischer Seite wurde hierzu erklärt, daß keine Unterlagen zum Fall Jackson vorlägen.

Zwei britische Zivilisten, die den „Kommunismus einmal etwas näher betrachten“ wollten und im Juli in die Sowjetzone übergewechselt waren, sind nach Mitteilung eines britischen Sprechers in Bonn nach fünfmonatigem Aufenthalt wieder ausgewiesen worden.

Umzug

Durch einen „Ministerratsbeschuß“ sollen ab Januar 1955 die zentralen Leitungen der Handelszentralen, des Konsums und der volkseigenen Industrie nach und nach in Städte der Zone verlegt werden. Als Begründung wird angegeben, daß sämtliche Pläne, Umsatz- und Produktionszahlen ständig durch „unzuverlässige Elemente“ nach Westberlin gebracht würden.

Friedliche Ziele der Atomforschung

1955 enge internationale Zusammenarbeit

Für die Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit in der Auswertung der Atomtechnik wird das Jahr 1955 eine besonders wichtige Rolle spielen. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die nächsten zwölf Monate zu einer weltweiten Zusammenarbeit bei der Ausnutzung der Atomenergie führen werden.

Im kommenden Jahr wird die erste internationale Atom-Sachverständigenkonferenz unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen zusammentreten, um über die Mittel und Wege zur

dort Gelegenheit haben, sich mit den neuesten Methoden der Krebsbekämpfung durch radioaktive Stoffe vertraut zu machen.

In der Schweiz schreitet inzwischen die Arbeit an dem einzigartigen durch das Zusammenwirken zwölf europäischer Länder möglich gemachten Projekt, dem Bau der größten Atomzertrümmerungsanlage der Welt, eines Zyklotrons, rasch voran.

Bisher sind von den beiden interessierten Regierungen

Amerika und Großbritannien für Forschungs- und Ausbildungszwecke 120 kg spaltbares Material zur Verfügung gestellt worden. Der amerikanische Beitrag von 100 kg allein reicht schon aus, um in andern Ländern 15 Versuchsreaktoren fünf Jahre und länger zu betreiben.

Die Errichtung solcher Versuchsreaktoren, die in andern Ländern die wissenschaftlichen, industriellen und landwirtschaftlichen Fortschritte vorantreiben sollen, ist seit langem ein Lieblingsplan Eisenhowers.

Der Vorsitzende der amerikanischen Atomenergie-Kommission, Lewis Strauss, hat erklärt, daß die Welt einem Zeitalter nie geahnten Wohlstandes und guter Werke entgegengehe, wo Mittel und Wege zur Verhinderung des Krieges gefunden werden könnten.

Freunde in der SBZ, die unsere Aufklärungsarbeit unterstützen und ihre Meinung über den Inhalt äußern wollen, bitten wir, den Fundert dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 58 nach Berlin-Charlottenburg 9 mitzuteilen.

Nutzbarmachung der Atomenergie für friedliche Zwecke zu beraten. Eine internationale Atomenergie-Behörde soll geschaffen werden, um den Austausch von kernreaktivem Atommaterial und wissenschaftlichen Daten der Atomforschung zwischen den Ländern zu fördern und zu überwach.

Die amerikanische Atomenergie-Kommission wird im Mai des nächsten Jahres ihre noch vor kurzem sorgsam geheimgehaltenen Forschungsanlagen auf dem Versuchsgelände von Oak Ridge für Atom- und Kernphysiker anderer Länder zugänglich machen. Die Kommission gab bekannt, daß sie Sonderkurse über „Isotopentechnik“ für Kernforscher und Atomtechniker anderer mit Amerika befreundeter Staaten abhalten wird. Außerdem will die Kommission für eine Anzahl von Ärzten und Chirurgen aus dem Ausland Arbeitsplätze in den modernsten amerikanischen Krebskrankenhäusern zur Verfügung stellen. Sie sollen

Wohnungsbau auf Hochtouren Weiterhin Rekordleistungen in Westdeutschland

Bis Ende 1954 wurden in der Bundesrepublik einschließlich Westberlin insgesamt 2,5 Millionen Wohnungen gebaut. Die Rekordleistungen von 1953 mit 518 000 Wohnungen würden in diesem Jahre wieder erreicht werden, teilte Bundeswohnungsbauminister Preusker in seinem Jahresbericht mit. Für die 2,5 Millionen Wohnungen wurden 34 Milliarden DM aufgewendet. Zehn Millionen Menschen oder jeder fünfte Bewohner der Bundesrepublik haben eine Neubauwohnung gefunden.

Durch Neugründung von Haushalten entsteht jedes Jahr ein neuer Bedarf von 200 000 bis 250 000 Wohnungen. Dazu kommt der Zustrom von Flüchtlingen aus der sowjetischen Zone. Seit Herbst 1949 ist das Wohnungsdefizit von fünf Mil-

lionen auf drei Millionen Ende 1954 verringert worden. Zur Unterbringung von Familien sind noch zwei Millionen Wohnungen notwendig. Der Restbedarf entfällt auf Wohnraum für Einzelpersonen.

1954 wurden im Vergleich zu den Vorjahren größere und bessere Wohnungen gebaut.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt.

Täglich ab 18 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 920231. Druck: W. Büxenstein, GmbH.